

UG^öD Aktuell

UG Universität Graz

Team Unabhängige GewerkschafterInnen
der Universität Graz

Magazin für MitarbeiterInnen der Universität Graz | Oktober 2012

Achtung! Nur wer wählt, zählt bei den Betriebswahlen 21. und 22. 11. 2012



Wer sich Umverteilung, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Fairness wünscht, muss das auch zum Ausdruck bringen!

Transparenz statt Wundertüte:



Die parteinahen Gewerkschaftsfraktionen sind die Wundertüten der Wahlzeiten. Man weiß nie, was man kriegt – zu oft sind parteitaktische Überlegungen wichtiger als Linienbewusstsein – zu oft führen Gegengeschäfte, Deals und Kompromisse zu groben inhaltlichen Abweichungen, ohne dass es den Akteuren selbst bewusst ist – zu oft wird die Karte gespielt: Wählt uns, sonst stärkt ihr den Gegner. Zu oft wird personell ganz überraschend umgebaut und die Begründung lautet dann: „Na ja, so ist das in der Politik!“

Es ist Zeit, damit Schluss zu machen, ungefähr das zu wählen was man will, es ist Zeit sich klar zu deklarieren und ein Zeichen zu setzen.

Wer unsere Ziele mit uns teilt, kann sich darauf verlassen, dass wir diese auch verfolgen werden: Vor der Wahl, nach der Wahl, vor der nächsten Wahl – wir sind niemandem verpflichtet und haben mit niemandem eine Vereinbarung. Wir stehen zu unseren Inhalten und Zielen!

Erreichtes verteidigen und ausbauen:



Die Gewerkschaften waren in der Vergangenheit erfolgreich und haben viel erreicht. Heute steht jedoch viel davon auf dem Spiel. Rettungsschirme, Eurostabilität und Standortattraktivität werden ständig als Erklärung für Nulllohnrunden und Mehrbelastungen herangezogen. Die parteinahen Gewerkschaften stecken hier in einem Dilemma zwischen der ureigenen Aufgabe und den Ergebnissen und Meinungen der Parteien selbst.

Nur Unabhängige können sich widerspruchlos zu den Interessen der ArbeitnehmerInnen bekennen.

... die Chance zur Veränderung ...



Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Können Sie sich um zehn Prozent mehr leisten als vor zwölf Jahren? Um so viel ist nämlich die Produktivität (output pro ArbeitnehmerIn) seit 2000 gestiegen. Wenn Sie sich für Ihr Gehalt heute weniger kaufen können als im Jahr 2000, sind Sie damit nicht allein: Die Reallöhne sind im genannten Zeitraum im Durchschnitt kaum gestiegen, berücksichtigt man die höhere Inflation bei Gütern des täglichen Bedarfs, ergibt sich ein Verlust an Kaufkraft.

Die drohende Nulllohnrunde brächte einen weiteren, massiven Reallohnverlust für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. UGÖD Aktuell beleuchtet die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge. (S 4/5)

Der Reallohnverlust der ArbeitnehmerInnen ist eine von vielen Veränderungen der letzten Jahre, die den arbeitenden Menschen in Österreich sinkenden Wohlstand und sinkende Lebensqualität gebracht haben. In den letzten zwölf Jahren wurden die Pensionen gekürzt, die BUWOG Wohnungen wurden privatisiert, die Universitäten wurden ausgegliedert und die Arbeitsbedingungen an den Universitäten wurden verschlechtert. Wir haben als Gewerkschaft unsere Aufgabe, die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen zu verbessern, nicht erfüllt. Die von der UG stets kritisierte enge Verflechtung von Parteifractionen und Gewerkschaft ist da nur ein Teil der Erklärung. Der Befund mangelnden Erfolgs sollte jedenfalls unzufrieden machen.

Auf den Seiten 6-7 finden Sie Berichte zur Arbeit der MandatarInnen der UGÖD in den Gewerkschaftsgremien. Das ist auch als Aufforderung zur Kritik und Einladung zur Diskussion gemeint.

Die anhaltende Krise stellt die Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen vor große Herausforderungen. Die Frage der gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist nicht mehr nur ein Gebot der Gerechtigkeit, zu groß ist die Schieflage schon, es ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Folgt man der Argumentation des Ökonomen Mario Matzer (Interview S. 5) geht es dabei um Krieg oder Frieden.

Laut Matzer muss die Menschheit nun endlich kooperativ spielen lernen. In dem Buch „Prinzip Menschlichkeit“ behandelt Joachim Bauer die biologischen Grundlagen kooperativen Verhaltens und setzt sich kritisch mit dem neoliberalen Menschenbild auseinander. Heinrich Grillhofer stellt das Buch vor.

Diese Zeitung erscheint anlässlich der Wahl Ihrer Interessenvertretung. Auf die in Wahlzeiten übliche breite Darstellung kleinerer und etwas größerer Erfolge der eigenen Gruppierung haben wir zu Gunsten von Analysen und Fakten weitgehend verzichtet. Erwähnt sei an dieser Stelle, dass es gelungen ist, die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für zeitabhängige Rechte im Universitätenkollektivvertrag durchzusetzen (S 6). Veränderung zum Positiven ist möglich. Die UGÖD ist eine Organisation zum Mitmachen. In diesem Sinne darf ich Sie herzlich einladen, sich zu beteiligen!

Ihr Dieter Kaltenbeck

Was wird gewählt?

Direkt gewählt wird der Betriebsrat des Allgemeinen Personals an der Karl-Franzens-Universität-Graz. Die mehr als 1000 Beschäftigten des Allgemeinen Personals wählen 14 Betriebsräte und Betriebsrätinnen. Die Mandate werden nach dem d'Hondtschen System auf die wahlwerbenden Listen aufgeteilt. Gleichzeitig entscheiden Sie bei dieser Wahl indirekt über die Zusammensetzung Ihrer Gewerkschaftsgremien und damit über die inhaltliche Ausrichtung der Gewerkschaft.

Indirekt gewählt werden:

- **für die Universität Graz**
der gewerkschaftliche Betriebsausschuss
(derzeit 5 Mandate / 1 UGÖD Barbara Haindl)
- **in der Steiermark**
 - von den Beschäftigten des Allgemeinen Personals der steirischen Universitäten die Landesleitung 16 (7 / 2: Heidi Schmitt, Dieter Kaltenbeck)
 - von den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in der Steiermark der Landesvorstand der GÖD Steiermark *
- **österreichweit**
 - von den Beschäftigten des Allgemeinen Personals an den Universitäten und den Beschäftigten des BMWF und der nachgeordneten Dienststellen des BMWF die **Bundesvertretung 16**
 - von allen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes die Bundeskonferenz der GÖD, das GÖD-Präsidium und der GÖD-Vorstand
 - der ÖGB-Bundesvorstand

Kollektivvertragsverhandlungen: Forderungen und Verhandlungspositionen werden maßgeblich von den beiden zuständigen Bundesvertretungen, BV 13 für das wissenschaftliche und BV 16 für das allgemeine Universitätspersonal bestimmt. Das Verhandlungsteam auf Seiten der GÖD bilden der GÖD-Vorsitzende oder ein Stellvertreter und die Vorsitzenden und VorsitzendenstellvertreterInnen der Bundesvertretungen.

Gehaltsabschlüsse für VB's, nach dem VB bezahlte Angestellte und Beamte: Die Gehaltsforderungen werden vom Vorstand beschlossen und von der GÖD-Spitze verhandelt. Der Gehaltsabschluss ist von der Bundeskonferenz zu genehmigen, diese entscheidet auch über gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen.

Verteilungspolitik, soziale Gerechtigkeit: Die Vertretung der gemeinsamen beruflichen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Interessen der arbeitenden Menschen in allgemein politischen Belangen obliegt dem ÖGB-Bundesvorstand.

*) in jenen Landessektionen der GÖD, in denen eigene Gewerkschaftswahlen abgehalten werden, werden die Ergebnisse der Gewerkschaftswahlen herangezogen

UGÖD gegen Gehaltskürzungen

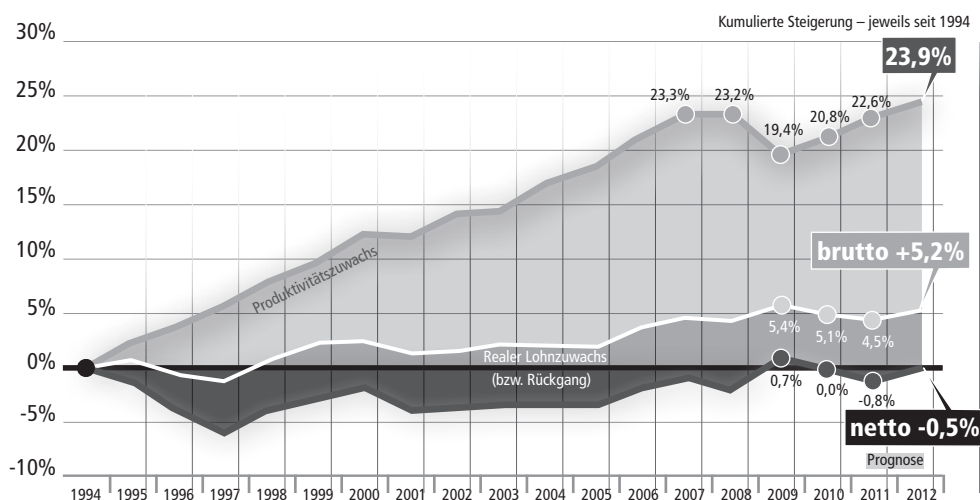
Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben wie alle ArbeitnehmerInnen in den letzten zehn Jahren einen Verlust an Kaufkraft hinnehmen müssen. Wie alle ArbeitnehmerInnen sind sie von den Sparmaßnahmen der Regierung betroffen. Nun droht ihnen mit der von SPÖ und ÖVP beschlossenen und von GÖD-Vorsitzenden Neugebauer (FCG) mitgetragenen Nulllohnrunde ein neuerlicher, massiver Reallohnverlust.

Seit Mitte der 1990er-Jahre ist die Produktivität der unselbständig Erwerbstätigen um fast 24 Prozent gestiegen. Daran haben auch die Beschäftigten im Vertretungsbereich der GÖD (Beamte, Vertragsbedienstete, Angestellte in den ausgliederten Betrieben und Anstalten öffentlichen Rechts) ihren Anteil. Nun sollen sie durch ein Sonderopfer in Form einer Nulllohnrunde zur Bewältigung der anhaltenden Krise beitragen. Die GÖD-Spitze (FCG und FSG) hat dem zugestimmt und auf die Lohnerhöhung der von ihr zu vertretenden Beschäftigten verzichtet.

Das bedeutet für einen heute 55-Jährigen nach dem VBG bezahlten Vertragsbediensteten mit 37 Dienstjahren bei einer angenommenen Inflation von 2,1% mehr als 6.500 Euro Verlust an Lebensarbeitseinkommen. Vor allem für die Beschäftigten in den Niedriglohngruppen wird der Einkommensverlust mangelnde Kaufkraft und sinkende Lebensqualität zur Folge haben.

Die UGÖD lehnt die Nulllohnrunde ab und fordert die GÖD auf, sofortige Gehaltsverhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel: „**Volle Inflationsabgeltung + Anteil am Produktivitätszuwachs mit 1. 1. 2013.**“

Produktivität und Entlohnung 1994 bis 2012



Kommentar

Als Gewerkschaft sollten wir auf den Verweis auf die Sachzwänge und das Diktat der leeren Kassen offensiv antworten und eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums fordern. Das gilt vor allem auch für die GÖD, die in den Gehaltsverhandlungen durch die immer aggressiver formulierte Frage, wie denn „das alles“ finanziert werden soll, herausgefordert wird. Der – berechnete – Verweis auf die Bedeutung eines funktionierenden Öffentlichen Dienstes für den Wirtschaftsstandort und für ein funktionierendes Gemeinwesen ist da auf die Dauer zu wenig. Abschaffung der Gruppenbesteuerung, Abschaffung der Steuerprivilegien für Stiftungen, Wiedereinführung der Erbschaftsteuer, Vermögensbesteuerung auf europäischem Niveau, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, kräftige Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich – das wäre ein erstes Minimalprogramm zur Gestaltung einer sozial gerechteren, zukunftsfähigen Gesellschaft. Dieter Kaltenbeck

Pro Kopf werden – nur unterbrochen durch die Krise – immer mehr **neue Werte produziert**: die Arbeit der Erwerbstätigen wird 2012 im Schnitt **um fast 24% ergiebiger** sein als 1994.

Ein **Durchschnittslohn** wird 2012 real (preisbereinigt) **brutto nur um etwa 5% höher** und **netto** (nach Abzug von Steuern und Abgaben) sogar **um 0,5% niedriger** sein als 1994: die **Kaufkraft der Lohnneinkommen** ist im Schnitt **seit Mitte der 1990er-Jahre nicht gestiegen**.

Quellen: WIFO-Datenbank (Juni 2011), AK ÖÖ. Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem. Preisbereinigter Brutto- und Nettolohn je Beschäftigungsverhältnis

Produktivität

Die Produktivität ist eine der wichtigsten wirtschaftlichen Kennzahlen. Sie ist definiert als

$$\frac{\text{Bruttoinlandsprodukt}}{\text{Anzahl der Erwerbstätigen}}$$

Diese gesamtwirtschaftliche Produktivität ist auch als Arbeitsproduktivität bekannt. Werden die jährlichen Produktivitätswerte miteinander verglichen, so ergibt sich in der Regel ein Wachstum. Das Produktivitätswachstum erklärt, wie mit einer gegebenen Anzahl von ArbeitnehmerInnen um wie viel mehr Produkte erzeugt (oder Leistungen erbracht) werden konnten als im Vorjahr.

(Bearb. u. gekürzt aus: Fritz Schiller, Kennzahlen. In: Die Alternative 2011, 7/8)



Steigende Gewinne – sinkende Löhne

Während die Löhne (kumuliert) seit 1994 um 72 Prozent gestiegen sind, sind die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit (Gewinne) und das Vermögen um 131 Prozent fast doppelt so stark gewachsen.

Berlin, 1930: Eiserner Sparkurs

1. Dezember 1930: Kabinett Brüning erlässt zweite Notverordnung.

Die zweite Notverordnung des Kabinetts Brüning bringt den Beamten eine Gehaltskürzung von sechs Prozent. Gespart wird auch im öffentlichen Wohnbau. Die Maßnahmen sind Teil eines rigorosen Sparkurses mit dem das Kabinett Brüning die durch den Börsenkrach in den USA im Oktober 1929 ausgelöste Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen versucht.

Leistungskürzungen in den Gemeinden

Der Spardruck wird zum Teil auf die Gemeinden abgewälzt. Die Gemeinden müssen immer mehr öffentliche Aufgaben übernehmen ohne dass ihnen dafür ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Gebührenerhöhungen und Qualitätsverlust bei den öffentlichen Diensten wie dem Öffentlichen Personennahverkehr sind die Folge.

Daten & Fakten zur Vermögensverteilung

In ganz Europa ist ein großer Teil des Vermögens bei den oberen 1 – 10 Prozent konzentriert. In Deutschland besitzen die obersten 10 Prozent mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, die untere Hälfte der Haushalte besitzt nur ein Prozent des Nettogesamtvermögens. In Österreich besitzt das reichste Prozent mehr an privatem Geldvermögen als 90 Prozent der ÖsterreicherInnen zusammen.

Die knapp 3,7 Millionen österreichischen Haushalte besitzen in Summe rund tausend Milliarden Euro an Vermögen. Das durchschnittliche Vermögen eines österreichischen Haushalts liegt bei knapp 265.000 Euro. Die reichsten 10 Prozent der ÖsterreicherInnen besitzen je mindestens 500.000 Euro. Pro 100.000 Haushalte gibt es in Österreich acht Superreiche mit einem Vermögen von mehr als 100 Mio. Dollar. Das Gesamtvermögen der 50 reichsten ÖsterreicherInnen gemäß Trend-Reichenliste 2012 macht 105 Milliarden Euro aus, mehr als 10 Prozent des gesamten Vermögens aller österreichischen Haushalte.

Wohlstand

Das Wirtschaftswachstum wird als Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) berechnet. Im BIP werden alle Güter, das sind Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in einem Land produziert werden, zusammengezählt. Unterstellt wird, dass der Wohlstand umso größer ist, umso größer das BIP ist. Das ist aus mehreren Gründen problematisch:

- Die Kosten eines Verkehrsunfalls, wie zum Beispiel diejenigen für den Abtransport der Verletzten, die medizinische Versorgung, die Rehabilitation etc. erscheinen als Wohlstandssteigerung, ebenso die Kosten zur Beseitigung von Umweltschäden.
- Schlechte Produkte, die häufig ersetzt werden müssen, erhöhen das Wirtschaftswachstum, verbessern aber nicht die Lebensqualität.
- Unbezahlte Arbeit, zum Beispiel die mehrheitlich von Frauen verrichtete Hausarbeit, freiwillige Tätigkeiten bei Feuerwehr und Sanitätsdiensten fließen nicht in die Berechnung des BIP ein.

Das BIP sagt auch nichts darüber aus, wie die Vermögen unter der Bevölkerung verteilt sind.

Arbeitsrecht: Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten

In ganz Europa dient die anhaltende Krise als Vorwand für „Reformen“ des Arbeitsrechts mit denen ArbeitnehmerInnenrechte massiv abgebaut und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Ein Working Paper des Europäischen Gewerkschaftsbundes vom April 2012 gibt einen umfassenden Überblick über die Entwicklung.

Modelle für Vermögenssteuern

Geht man davon aus, dass nur das Vermögen von Personen mit über € 250.000,- Vermögen (bei Ehepaaren € 500.000,-) und dies auch nur nach zusätzlicher Anrechnung von Kinderfreibeträgen (pro Kind € 100.000,-) sowie Freibeträgen für Unternehmen besteuert werden soll, dann träfe eine Vermögenssteuer in allen europäischen Staaten an die 8 Prozent der Bevölkerung. Ein Steuersatz von 10% auf Vermögen, welche über den genannten Freigrenzen liegen, würde nach Berechnungen des Deutschen Wirtschaftsforschungsinstituts (DIW) allein in Deutschland ca. 9% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ergeben, umgelegt auf das österreichische BIP (2011: 301 Mrd. Euro) wären das rund 27 Milliarden Euro.

(Quellen: Bach, Stefan: Vermögensabgaben – ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen in Europa. Steuerinitiative im ÖGB)

Materialien zum Thema: <http://www.diigo.com/list/ugodgraz/umverteilung-soziale-gerechtigkeit-fairness>

Wenn man die Berichterstattung zur anhaltenden Wirtschaftskrise verfolgt, bekommt man den Eindruck einer großen Ratlosigkeit der politischen Eliten. Sind die ökonomischen Probleme unlösbar geworden?

Die ökonomischen Probleme sind nur innerhalb des dominierenden neoliberalen Gedankenguts unlösbar. Laut dem neoliberalen Mainstream – der sowohl das Denken der EZB, der Kommission, der Mainstream Medien sowie der meisten Universitäten beherrscht – können solche Krisen wie die aktuelle eigentlich gar nicht auftreten. Und sie können daher mit den üblichen neoliberalen Instrumenten auch nicht bewältigt werden. Da die Sinnlosigkeit der bis jetzt getroffenen Sparmaßnahmen langsam auch von der Politik erkannt wird, macht sich nun Ratlosigkeit breit. Das ist aber immerhin schon ein großer Fortschritt, bis jetzt ist die Politik voll Gas in die falsche Richtung gebräut, siehe Griechenland. Jetzt bleibt sie zumindest mal stehen und scheint nachzudenken. Es gibt zwar sehr wohl zahlreiche Ökonomen, die die aktuelle Situation analytisch-wissenschaftlich und logisch konsistent erklären können und die Krise sogar vorausgesehen haben. Für gewöhnlich anerkannte Post-Keynesianer. Das Problem der Politik aber ist, dass sie die Lösungsvorschläge der Post-Keynesianer nicht hören will/kann, die da lauten: radikale Vermögenssteuern. Und daher sucht sie verzweifelt andere Auswege, die es nicht geben kann.

Welche Auswirkungen haben die bisher praktizierten Lösungsansätze?

Die angewandte Politik hat mehrere Aspekte. Die Konjunkturpakete haben einen Einbruch der Weltwirtschaft verhindert und die Politik der Zentralbanken hat das Finanzsystem zumindest vorübergehend gerettet. Ohne diese Politik würde es uns heute viel schlechter gehen. Das Problem ist aber, dass sich die Politik damit bisher in erster Linie Zeit gekauft hat, die wirklichen Probleme aber aus verschiedenen realpolitischen Gründen nicht angehen kann. Die aktuellen Ansätze, das Wirtschaftswachstum durch Sparmaßnahmen und „wettbewerbssteigernde Maßnahmen“ – letzteres ist meistens nichts anderes als Neusprech für: soziale Schweinereien – anzutreiben und damit die Krise zu lösen, sind zum Scheitern verurteilt. Jede Wette.

Welchen ökonomischen Effekt haben Nulllohn-runden?

Sie steigern die Profiteinkommen der Spitze auf Kosten des Einkommens der Masse. Das ist der eigentliche Zweck dahinter. Offiziell werden Lohnsenkun-

Interview mit Volkswirt Mario Matzer

gen – und Nulllohnstunden bei positiver Inflation sind reallohnsenkend – zur Wettbewerbssteigerung propagiert. Alle Länder sollen ihre Löhne senken, dadurch billiger produzieren, dadurch wiederum einen Exportüberschuss erwirtschaften und mit diesem Überschuss die Schulden zurückzahlen. Aber das ist natürlich ein schlechter Scherz. Es ist unmöglich, dass alle Länder dieser Erde Exportüberschüsse erwirtschaften. Die Exportüberschüsse des einen Landes sind die Importüberschüsse des anderen. Der Weltwirtschaftsbilanzsaldo zwischen Importen und Exporten ist Null. Und da die Privatverschuldung zu Konsumzwecken in der aktuellen Situation nicht mit der Entwicklung Schritt halten kann, haben wir mittelfristig durch die Lohnsenkungen einen Rückgang der effektiven Nachfrage, wodurch sich die Situation für alle verschlechtert. Nun, für fast alle, die unteren 98%.

Was wäre notwendig, um die anstehenden Probleme zu bewältigen? Was müsste getan werden?

Wir müssen das Problem der Verschuldung in den Griff bekommen. Auch, aber nicht nur, der Staatsverschuldung, sondern das Problem der Gesamtverschuldung. Die Schulden des Einen sind die Guthaben des Anderen. Und zwar höchstwahrscheinlich des superreichen Anderen, da die Vermögen in allen Ländern extrem auf die Spitze konzentriert sind. Wir benötigen also radikale Vermögenssteuern für Superreiche mit denen wir dann die Wirtschaft wieder ankurbeln, bevorzugt ökologisch & sozial nachhaltige Arbeitsplätze schaffen und unsere Schulden bei eben jenen Superreichen zurückzahlen. Gelingt uns das nicht wird das System aufgrund des exponentiellen Schuldenwachstums kollabieren. Eher früher als später.

Was hindert die Mächtigen das Richtige und Notwendige zu tun?

Ihr Weltbild und die Tatsache, dass sie bisher mit diesem Weltbild sehr gut gefahren sind. Und dass es in



Zur Person

Mario Matzer hat an der Karl-Franzens-Universität Volkswirtschaft studiert und hält seit dem Abschluss seines Studiums im Jahr 2006 öffentliche Vorträge zur Finanzkrise. Seit 2010 ist er als Lektor am Institut für Finanzwissenschaft und Öffentliche Wirtschaft an der Universität tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind Finanzmärkte und makroökonomische Stabilität, Vermögens- und Einkommensverteilung. In über 60 Vorträgen pro Jahr für Wirtschafts- Arbeiter- Rechtsanwaltskammer, Volkshochschulen, ÖGB, für InteressensvertreterInnen, VermögensberaterInnen, BankerInnen und andere Akteure der Wirtschaft bringt er die Ergebnisse seiner Forschung in allgemein verständlicher Weise der interessierten Öffentlichkeit näher.

ihrem Umfeld unzählige ja-sagende MitläuferInnen gibt, die sich auch noch gerne auf Kosten anderer bereichern möchten bevor die Musik aufhört zu spielen.

Was kann der Einzelne zu einer positiven Entwicklung/zukunftsfähigen Entwicklung der Gesellschaft beitragen?

Man kann sich informieren, sich Gedanken machen und mit Freunden darüber reden. Man kann richtig wählen – Politik, die langfristig stabile Lösungen anstrebt. Man kann selbst sein Konsumverhalten überdenken, regional und ökologisch konsumieren, sein Auto verkaufen, den Fernseher verschrotten. Man kann Vorbild sein. Sehr viele Leute interessieren sich für unsere aktuelle Situation, bekommen aber nur stark gefilterte Informationen. Diesen Leuten kann man helfen.

Du hast 2006 die Finanzkrise 2008 vorhergesagt. Was ist deine Prognose für die nähere Zukunft?

Wenn wir nicht bald mit diesem Schwachsinn aufhören, wird es krachen. Und zwar derb. Eine wesentlich ausführlichere Prognose findest Du auf meiner Homepage: www.mariomatzer.at. Dort gibt es auch die Möglichkeit, sich zu meinem Newsletter anzumelden sowie die Termine zu meinen öffentlichen Vorträgen.

Du bist Wissenschaftler und Gewerkschafter. Welchen Beitrag zur Bewältigung der Krise erwartest du dir von unserer Universität? Was erwartest du dir von unserer Gewerkschaft?

In der ökonomischen Lehre wäre es schön, wenn diese einen etwas breiteren Studienplan zuliebe, sodass die Studierenden die Möglichkeit haben, neben der Neoklassik auch andere volkswirtschaftliche Strömungen kennen zu lernen. Leider kann man zur Zeit inneruniversitär nur Karriere machen, wenn man den herrschenden neoklassischen Mainstream akzeptiert. Und auch wenn dieser seinen Charme hat, so wären ein paar Kurse, die sich mit der Realität auseinandersetzen, auch ganz spannend.

Von der Gewerkschaft erwarte ich mir eine Öffnung. Einerseits nach Europa. Europäische Politik verlangt europäische Antworten und die Gewerkschaftsbewegung kann sich in diesen Chor nur einbringen, wenn sie die nationalen Grenzen hinter sich lässt und beginnt, im gesamteuropäischen Kontext zu denken und zu handeln. Andererseits hin zu denen, die heutzutage besonders unter der Ausbeutung zu leiden haben, zu den Scheinselbstständigen, den DauerpraktikantInnen, den WerkvertragsnehmerInnen, den MigrantInnen etc.

Mehr Fairness im KV: Anrechnung der Kindererziehungszeiten durchgesetzt

Die seit 2004 von der UGÖD geforderte kollektivvertragliche Regelung, die die Anrechnung der Kinderkarenzzeiten für zeitabhängige Rechte wie z.B. Gehaltsvorrückung gewährleistet, wurde im Jahr 2010 durch einen Nachtrag zum Kollektivvertrag verwirklicht. Ein Erfolg unserer Arbeit in der Bundesvertretung 16 aber auch des Betriebsrats an der Universität Graz, der dieses Anliegen von Anfang an unterstützt hat. Der Universitätenkollektivvertrag ist diesbezüglich nun vorbildlich innerhalb der GÖD aber auch für andere Branchen.

Bundesvertretung 16: UGÖD will wieder zwei Mandate

Aufgrund der Umlegung der Betriebsratswahlergebnisse 2008 hat die UGÖD ein Mandat in der Bundesvertretung 16 verloren. Seit der Neukonstituierung 2011 vertritt Kollegin Ulrike Stein allein die UGÖD, Kollege Kaltenbeck musste ausscheiden. Wir hoffen auf ein Betriebsratswahlergebnis, das es uns wieder ermöglicht, auch einen steirischen UGÖD-Mandatar in dieses wichtige Gremium zu entsenden.

Fiskalpakt: UGÖD gegen programmiertes Desaster

Mit der im Fiskalpakt völkerrechtlich verbindlich festgeschriebenen neoliberalen Politik wird der europäische Sozialstaat „konsequent stranguliert“ (Schulmeister).

Während sich der deutsche Gewerkschaftsbund in einem Bundestagsbeschluss klar gegen den Fiskalpakt positionierte, blieben wir (UG) im Bundesvorstand des ÖGB mit unserer ablehnenden Haltung in der Minderheit.

Der ÖGB unternahm nichts um den Beschluss zu verhindern, die GewerkschafterInnen in den Reihen von SPÖ und ÖVP stimmten im Parlament zu.

UGÖD aktiv für Lohnerhöhungen



Die Forderung der UGÖD nach sofortigen Gehaltsverhandlungen wird von den Kolleginnen und Kollegen der UG in den anderen Fachgewerkschaften und von unserer Bundesorganisation solidarisch unterstützt und vertreten.

Die UG hat in der Bundesarbeiterkammer einen Antrag zur Ablehnung der Nulllohnrunde gestellt, der angenommen wurde.

Mit der Online-Petition „Nein zu Nulllohnrunden im öffentlichen Dienst“ möchten die Unabhängigen GewerkschafterInnen allen Betroffenen aber auch jenen, die aus grundsätzlichen Erwägungen gegen Nulllohnrunden sind, die Möglichkeit geben, gegen diese zu protestieren:

diealternative.org/nulllohnrunden/



„Unsere Petition richtet sich sowohl an die GdG-KMSfB als auch an die GÖD-Spitze, Nulllohnrunden nicht hinzunehmen, sondern Verhandlungen mit den Dienstgebern einzufordern und diese notfalls auch mit allen gebotenen gewerkschaftlichen Mitteln zu erzwingen,“ so **Beate Neunteufel-Zechner** vom Vorstandsteam der Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst (UGÖD) und Betriebsrätin.

Programmumsetzung

Unsere im Jahr 2000 gestartete Initiative zur Implementierung eines ökologisch orientierten betrieblichen Mobilitätsmanagements an der Uni Graz war erfolgreich. Das Thema wurde sowohl vom Betriebsrat als auch von der Universitätsleitung aufgegriffen, ein großer Teil der Punkte aus unserem Sachprogramm Mobilität wurde mittlerweile umgesetzt. Von den im alleinigen Verantwortungsbereich der Universität realisierbaren Verbesserungen bleibt vor allem die Forderung nach genügend **überdachten Zweiradabstellplätzen** ein Thema.



Wie auch bei anderen Anliegen ist hier die von der Politik verschuldete chronische Unterfinanzierung der Universitäten ein Hemmnis für eine positive Entwicklung im Interesse der Bediens-

teten. Wir werden weiter für bessere Rahmenbedingungen kämpfen und an der Umsetzung konkreter Verbesserungen in allen Bereichen arbeiten.

Vier Jahre mehr als wir gehofft haben braucht auch die Umsetzung der beiden größeren Projekte **„Jobticket und direkte Anbindung der Universität an das Straßennetz“**. Beide Anliegen haben die Unterstützung des Betriebsrats. Das Jobticket ist mittlerweile auch eine gemeinsame Forderung der Sozialpartner. Gescheitert ist die Realisierung der Projekte in dieser Gemeinderatsperiode an der schwierigen Finanzsituation der Stadt, aber auch am politischen Willen der Verantwortlichen. Wir werden uns weiter aktiv für beide Projekte einsetzen.

Prinzip Menschlichkeit – Ein wegweisendes Buch für die UGÖD

Für mich persönlich ist dieses Buch eines der wegweisendsten Werke für das eben erst begonnene Jahrtausend.

Der Autor Joachim Bauer zeigt auf den wenigen Buchseiten gut wissenschaftlich fundiert, dass Lebewesen auf unserem Planeten Erde in erster Linie auf Kooperation angewiesen sind und diese Strategie auch permanent erfolgreich umsetzen. Mit dieser Kernaussage wird der Erfolg demokratischer Systeme und so mancher fernöstlicher Religion bestätigt. Joachim Bauer widerlegt sogar gut fundiert die Aussagen des Buches „The selfish Gene“ vom angesehenen Oxford Professor Richard Dawkins.



auch, im österreichischen Gemüt eher katholische und darwinistische Geisteshaltungen! Natürlich ist ein gewisses Maß einer elitär geprägten Abgrenzung des eigenen Ichs zur Außenwelt notwendig und ein Charakteristikum für unsere Persönlichkeitsbildung. In der sogenannten ersten Welt jedoch ist es für die Erhaltung unseres Lebensstandards und vielleicht eines Tages sogar für unser Überleben **ENTSCHEIDEND** zu kooperieren.

Ein signifikantes Zeichen unserer Zeit für Kooperation ist aus meiner Sicht das explosive Erläutern von sozialen Netzwerken wie Xing, LinkedIn, Facebook, Google+ und Twitter. Durch die jüngsten Ereignisse im politischen Umfeld erlebt

Auch aus der täglichen Erfahrung im Arbeitsalltag sehen wir immer wieder die gegenseitige Abhängigkeit von Kolleginnen und Kollegen. In jenen Bereichen, wo es kein kooperatives Miteinander im Berufsleben gibt, finden wir als Betriebsräte immer die schlimmsten Konflikte vor und versuchen den geschätzten Kolleginnen und Kollegen ein Stück „Miteinander“ zu vermitteln. Ist die Häufigkeit und Tiefe dieser Konflikte nun charakteristisch für unseren europäischen bzw. spezifisch österreichischen Mikrokosmos? Möglicherweise orten Sie, wie ich

die Kooperation unter uns Menschen auch eine gewisse Karikierung. Die Aussage „Was war mei Leistung?“ ist ein Sinnbild dafür geworden.

Klarerweise kann die erfolgreiche Strategie der Kooperation und des Miteinanders nur mit entsprechender Kommunikation zum Ziel führen. Wir als Vertreter der UGÖD freuen uns daher über die Möglichkeit eines Dialogs oder sogar einer Zusammenarbeit mit Ihnen!

Autor der Besprechung: Heinrich Grillhofer

Kompetenz

Die BetriebsrätInnen der UGÖD bemühen sich ihre fachlichen Kompetenzen beständig zu erweitern und ihr Wissen zu vertiefen. Dementsprechend haben wir das Weiterbildungsangebot der Gewerkschaft bestmöglich genutzt. Für die jährlichen Schulungskurse der Landesleitung 16 haben wir einen Teil der Inhalte selbst erarbeitet.

Einem Teil dieser Ausgabe liegt das Referat von **Barbara Haindl** „Frauen im Kampf um Gleichberechtigung, in der Arbeitswelt, in den Gewerkschaften und im sozialen Umfeld“ bei, ein Beitrag zum Schulungskurs im Jahr 2009.

Franz Tscherne und **Dieter Kaltenbeck** haben in dieser Betriebsratsperiode außerdem die Gewerkschafts-Abendschule besucht, Dieter Kaltenbeck auch die Betriebsräteakademie.



Link zur Website von Barbara Haindl
www.ugoed.info/ugoed_tbarbarahaindl/barbarahaindl.html

Schach-Training

Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Donnerstag ab 19 Uhr, 17 – 19 Uhr Jugendtraining, Körösistüberl, Körösistraße 32.

AnfängerInnen und QuereinsteigerInnen: Termin auf Anfrage, Anmeldung bei Herbert Wippel unter 0699 100 43528. Vereinsmitgliedschaft gratis.



- ✓ Umverteilung
- ✓ Soziale Gerechtigkeit
- ✓ Fairness

